

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU

und

Antwort

des Innenministeriums

Polizeireform: Auswirkungen der Reform in Stuttgart

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind heute die Dienststellen der Polizei in Stuttgart jeweils untergebracht?
2. Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?
4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten in Stuttgart jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei jeweils um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?
5. Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei in Stuttgart damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?
6. Für welche der unter Frage 4 zu nennenden Bediensteten bzw. Gruppe von Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?
7. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z.B. Trennungsgelder, Umzugskosten etc.) für derzeitige Bedienstete der Polizei in Stuttgart wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei in Stuttgart wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich in Stuttgart wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich in Stuttgart wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

23.01.2013

Dr. Löffler CDU

Antwort

Mit Schreiben vom 25. Februar 2013 Nr. 3-112/45/450 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind heute die Dienststellen der Polizei in Stuttgart jeweils untergebracht?
2. Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 1. und 2.:

Gemeinde	Anschrift	L/A**	heutige Dienststelle	weitere Verwendung
Stuttgart	Hahnemannstr. 1	L	Polizeipräsidium Stuttgart	wie bisher
Stuttgart	Pragstr. 136	L	Polizeipräsidium Stuttgart	wie bisher
Stuttgart	Löwentorbogen 9A	A	Polizeipräsidium Stuttgart – Verkehrspolizei	Verkehrspolizeidirektion
Stuttgart	Christophstr. 7	A	Polizeipräsidium Stuttgart – Dezernat Prostitution	wie bisher
Stuttgart	Werastr. 28	L	Polizeipräsidium Stuttgart – Kripo	wie bisher
Stuttgart	Hauptstätter Str. 112	A	Polizeipräsidium Stuttgart – Ermittlungsdienste / Operative Einheiten	wie bisher
Stuttgart	Am Mittelkai 62	L	Polizeipräsidium Stuttgart – Wasserschutzpolizei	Polizeipräsidium Einsatz
Stuttgart	Am Weidenbrunnen 155	L	Polizeipräsidium Stuttgart – Hundeführerschule / -staffel	wie bisher
Stuttgart	Taubenheimstr. 85	L	Landeskriminalamt	wie bisher

Gemeinde	Anschrift	L/A**	heutige Dienststelle	weitere Verwendung
Stuttgart	Hauptstätter Str. 34	A	Polizeirevier 1	wie bisher
Stuttgart	Wolframstr. 36	A	Polizeirevier 2	wie bisher
Stuttgart	Gutenbergstr. 109	L	Polizeirevier 3	wie bisher
Stuttgart	Balinger Str. 31	A	Polizeirevier 4	wie bisher
Stuttgart	Ostendstr. 88	A	Polizeirevier 5	wie bisher
Stuttgart	Wiesbadener Str. 54	A	Polizeirevier 6	wie bisher
Stuttgart	Ludwigsburger Str. 126	A	Polizeirevier 7	wie bisher
Stuttgart	Kärntner Str. 18	L	Polizeirevier 8	wie bisher
Stuttgart	Klettpassage 41	A	Polizeiposten Klettpassage	wie bisher
Stuttgart	Klinglerstr. 7	A	Polizeiposten Botnang	wie bisher
Stuttgart	Robert-Leicht-Str. 15	A	Polizeiposten Vaihingen	wie bisher
Stuttgart	Filderhauptstr. 155	A	Polizeiposten Plieningen	wie bisher
Stuttgart	Kirchheimer Str. 60	A	Polizeiposten Sillenbuch	wie bisher
Stuttgart	Heumadener Str. 1	A	Polizeiposten Hedelfingen	wie bisher
Stuttgart	Duisburger Str. 15	A	Polizeiposten Neckarvorstadt	wie bisher
Stuttgart	Rostocker Str. 6	A	Polizeiposten Hallschlag	wie bisher
Stuttgart	Adalbert-Stifter-Str. 101	A	Polizeiposten Freiberg	wie bisher
Stuttgart	Marabustr. 35 a	A	Polizeiposten Neugereut	wie bisher
Stuttgart	Kameralamtsstr. 8	A	Polizeiposten Stammheim	wie bisher
Stuttgart	Glemsgastr. 27	A	Polizeiposten Weilimdorf	wie bisher
Stuttgart	Böheimstr. 34	A	Revierstation Süd	wie bisher
Stuttgart	Karl-Pfaff-Str. 35	L	Revierstation Degerloch	wie bisher
Stuttgart	Augsburger Str. 416	L	Revierstation Untertürkheim	wie bisher
Stuttgart	Areal Neckarstr. 195	L	Landespolizeidirektion	*
Stuttgart	Neckarstr. 207	A	Landespolizeidirektion	*
Stuttgart	Rieckestr. 26	A	Landespolizeidirektion	*

*In Zukunft werden das neue Polizeipräsidium, das neu einzurichtende Sonderpräsidium Technik, Logistik, Service der Polizei und das Landeskriminalamt ihren Sitz in Stuttgart haben, wobei sich auch beim Landeskriminalamt durch organisatorische Änderungen Auswirkungen auf den Unterbringungsbedarf ergeben. Wie diese Einrichtungen unter Einbeziehung des vorhandenen Gebäudebestands künftig funktional und wirtschaftlich unterzubringen sind, wird derzeit geprüft. Bis zum Abschluss der Prüfung sind Aussagen zur weiteren Verwendung des heutigen Gebäudebestands nicht möglich.

**L: Landeseigen
A: Anmietung

3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?

Zu 3.:

Eine Nutzungsaufgabe kann erfolgen, sobald die notwendigen Arbeitsplätze am künftigen Standort zur Verfügung stehen. Nach den Erhebungen, die im Zuge der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Polizeistrukturereform in einem ersten Schritt durchgeführt wurden, werden dazu teilweise Anpassungsarbeiten an Bestandsgebäuden, Neubaumaßnahmen oder Anmietungen erforderlich. Die notwendigen Maßnahmen müssen jetzt im weiteren Verfahren konzeptionell, planerisch und kostenmäßig konkretisiert werden. Die Umsetzung wird dann nach Dringlichkeitsgesichtspunkten und im Rahmen der jeweiligen haushaltsrechtlichen Ermächtigung erfolgen.

4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten in Stuttgart jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei jeweils um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?

Zu 4.:

Die Personalstärke des Polizeipräsidiums Stuttgart – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	2651	2401	250
Schutzpolizei	1925	1813	112
Kriminalpolizei	344	308	36
Nichtvollzug	382	280	102

Die Personalstärke des Landeskriminalamts – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	1210	1041	169
Schutzpolizei	157	151	6
Kriminalpolizei	594	562	32
Nichtvollzug	459	328	131

Die Personalstärke der Landespolizeidirektion Stuttgart – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	302	269	33
Schutzpolizei	74	73	1
Kriminalpolizei	94	90	4
Nichtvollzug	134	106	28

Die Personalstärke der Polizeidirektion Böblingen Autobahnpolizeirevier – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	83	79	4
Schutzpolizei	76	75	1
Nichtvollzug	7	4	3

5. Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei in Stuttgart damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?

Zu 5.:

Durch die Auflösung der bestehenden Organisationen wird es die bisherigen Stellen und Funktionen in der neuen Struktur so nicht mehr geben. Erforderliche Personalumsetzungen orientieren sich zwar an den dienstlichen Erfordernissen, wobei im Rahmen personalwirtschaftlicher Maßnahmen weitgehend der Grundsatz „Personal folgt Aufgabe“ zum Tragen kommen wird, erfolgen aber möglichst sozialverträglich.

Es ist beabsichtigt den eigentlichen Personalmaßnahmen ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) vorzuschalten. Dieses ist ein strukturiertes Verfahren, in dem neben Verwendungswünschen und Negativabgrenzungen auch soziale und wirtschaftliche Belange der Beschäftigten erhoben werden, um sie im Rahmen der zu treffenden Versetzungsentscheidungen angemessen berücksichtigen zu können. Das IBV dient dazu, die Grundlagen dafür zu schaffen, möglichst persönliche Härten zu vermeiden. Den persönlichen Anliegen der betroffenen Beschäftigten soll möglichst entgegengekommen werden. Dienstliche und fachliche Belange zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und zur Umsetzung der Reformziele müssen letztlich einzelfallbezogen mit den persönlichen Interessen der Beschäftigten abgewogen werden.

6. Für welche der zu Frage 4 zu nennenden Bediensteten bzw. Gruppe von Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?

Zu 6.:

Ein großer Teil der Angehörigen der Polizei ist nicht von einem Arbeitsplatzwechsel betroffen. So verbleiben beispielsweise die Beschäftigten der Polizeireviere, der Polizeiposten, der künftigen Kriminalkommissariate sowie jene Beschäftigte aus dem Leitungs- und Querschnittsbereich, die bereits derzeit am neuen Standort der künftigen regionalen Polizeipräsidien Dienst verrichten, am bisherigen Dienstort. Hinzu kommen die Beschäftigten der Verkehrspolizei, deren Präsenz am bisherigen Dienstort auch weiterhin erforderlich ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann in Anbetracht des noch bevorstehenden Interessenbekundungsverfahrens (IBV) keine valide Aussage zu den im Ergebnis tatsächlich von einem Dienstortwechsel betroffenen Beschäftigten und deren künftigen Arbeitsplatz getroffen werden.

Um einen ersten Anhaltspunkt zur möglichen Anzahl der betroffenen Beschäftigten zu erhalten, konnte die vorläufige Erhebung nur unter Berücksichtigung des Grundsatzes „Personal folgt Aufgabe“ durchgeführt werden. Die genaue Größe und Zusammensetzung der tatsächlich betroffenen Beschäftigungsgruppe lässt sich jedoch aufgrund der noch ausstehenden Erkenntnisse aus dem IBV und deren Berücksichtigung im Zuge der sozialverträglichen Umsetzung nicht bestimmen. Das Personalkonzept des Polizeipräsidiums Stuttgart geht derzeit davon aus, dass keine Beschäftigten des ehemaligen Polizeipräsidiums Stuttgart von einem Dienst-

ortwechsel über den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion hinaus betroffen sind. Da die Abteilung 6, Landespolizeidirektion (LPD), des Regierungspräsidiums Stuttgart aufgelöst und deren bisherige Aufgaben unter der Bildung von Synergien umverteilt werden bzw. entfallen, ist eine Ausweisung der Beschäftigtenanzahl nach dem Prinzip Personal folgt Aufgabe hier nicht möglich. Aufgrund der daraus resultierenden hohen Abhängigkeit von den Ergebnissen des IBV ist somit weder die künftige Dienststelle noch der künftige Dienstort der Beschäftigten der LPD prognostizierbar, weshalb eine Prognose hinsichtlich der tatsächlichen Anzahl der betroffenen Beschäftigten nicht möglich ist.

7. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z. B. Trennungsgelder, Umzugskosten, etc.) für derzeitige Bedienstete der Polizei in Stuttgart wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 7.:

Für Personalmaßnahmen sind Kosten für Telearbeitsplätze, Trennungsgeld und Umzugskosten in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingeflossen. Landesweit wurde von 200 zusätzlichen Telearbeitsplätzen ausgegangen. Dafür entstehen Kosten von 1.200 Euro pro Jahr und Telearbeitsplatz. Diese Kosten wurden im Zeitraum von 2014 bis 2017 in die Kalkulation eingerechnet.

Die Kalkulation für Trennungsgeld und Umzugskosten basiert auf einer Erhebung auf Grundlage der Planungen mit Stand November 2012. Diese ergab, dass in Stuttgart voraussichtlich keine Beschäftigten ihren bisherigen Dienstbereich verlassen werden.

8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei in Stuttgart wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 8.:

In die Kostenkalkulation wurden bezogen auf den Standort Stuttgart vorläufig bauliche Investitionen in Höhe von rund 35 Mio. Euro und ein zusätzlicher Mietaufwand in Höhe von rund 0,8 Mio. Euro/Jahr eingestellt.

9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich in Stuttgart wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 9.:

Im Rahmen der Umsetzung der Polizeistrukturereform sind durch die Bündelung und Verlagerung von Aufgaben (IuK-)Arbeitsplatzumzüge erforderlich. Auf Basis der momentanen Planungen sind in Stuttgart rund 789 (IuK-)Arbeitsplätze (brutto) umzuziehen (rund 271 des Landeskriminalamts und rund 518 des Polizeipräsidiums Stuttgart). Zur Ermittlung der einmaligen voraussichtlichen Umzugskosten wurden 300 Euro pro Arbeitsplatz zugrunde gelegt, wie sie z. B. beim Umzug des Regierungspräsidiums Stuttgart entstanden sind.

Darüber hinaus erfordert die Umsetzung der Polizeistrukturereform, dass zahlreiche IT-Fachverfahren sowie weitere technische Geräte und Ausstattungsgegenstände den neuen organisatorischen Strukturen angepasst werden. Hierfür wurden insgesamt 1,5 Mio. Euro sowie für aktuell noch nicht absehbare Kostenfaktoren insgesamt 1,0 Mio. Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einberechnet. Diese Kosten können nicht landkreisscharf aufgeteilt werden.

10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich in Stuttgart wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

Zu 10.:

Bezogen auf Stuttgart belaufen sich die Minderbedarfe voraussichtlich auf rund 700.000 Euro pro Jahr aus Abmietungen. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Minderbedarfe bzw. Einnahmen steht in Abhängigkeit von der tatsächlichen liegenschaftlichen Realisierung (siehe Ausführungen zu Ziffer 3).

Gall

Innenminister